

GdP: Kurz berichtet

März 2005 I



1. **Umsetzung der Eckpunkte für eine Reform des Beamtenrechts**
2. **Leserbrief zum Bush Besuch (1)**
3. **Leserbrief zum Bush-Besuch in Mainz (2)**
4. **Frauengruppe der GdP RP macht Umfrage**
5. **Digital – Funk kommt voran**
6. **EC-Karten mit Sicherheitsmängeln**
7. **Schutzwesten**
8. **Vorsorgeregister bei der Bundesnotarkammer**
9. **Proteste gegen Bolkestein-Richtlinie**
10. **Übungsschießen mit Brille**
11. **Herausgehobene Sachbearbeitung**
12. **Beförderungen**
13. **Personalien**
14. **E-Mail und Internet**
15. **Angestellte im Verkehrsdienst**
16. **PINS und Co.**
17. **Die Personalratswahlen finden vom 25. bis 29. April statt!**
18. **Zur Erinnerung**

1. Umsetzung der Eckpunkte für eine Reform des Beamtenrechts

Das Bundesministerium des Innern erarbeitet derzeit, auf Basis des Eckpunktepapiers "Neue Wege im öffentlichen Dienst", einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Beamtenrechts.

Die GdP - Bund steht mit dem Ministerium in Kontakt. Dabei werden folgende Themenschwerpunkte behandelt:

- Besoldung
- Laufbahnrecht
- Versorgung
- Arbeitszeit und
- weitere beamtenrechtliche Regelungen.

Die Tarifeinigung zwischen Bund, Kommunen und GdP über ein neues Tarifrecht mit leistungsbezogenen Bezahlungselementen spielt auch im Beamtenrecht eine gewichtige Rolle.

Wir rechnen Ende März 2005 mit ersten Ergebnissen über die Weiterentwicklung des Beamtenrechts. Noch vor der Sommerpause soll der Gesetzentwurf fertig gestellt und dann zügig in die parlamentarische Beratung eingebracht werden. In diesem Zeitrahmen wird auch das beamtenrechtliche Beteiligungsverfahren mit dem DGB stattfinden.

Die neuen gesetzlichen Regelungen sollen nach Beschlussfassung durch Bundestag und Bundesrat zum 01.01.2006 in Kraft treten und Zug um Zug wirksam werden.

Die Haltung der Bundesländer ist noch völlig unklar. Die GdP RP hat mit Ministerpräsidenten Kurt Beck für Mitte März ein Gespräch über dieses und weitere Themen vereinbart.

Sobald "spruchreife" Vorschläge vorliegen, werden wir umfassend darüber informieren.

2. Leserbrief zum Bush Besuch (1)

Das gibt's doch nicht! Nicht 2005 bei der Rheinland-Pfälzischen Polizei!

Ich wollte weder meinen Ohren noch Augen trauen als ich hörte, dass Kollegen während des Bushbesuches in eine Wohnung eingedrungen seien, um ein kleines Plakat mit der Aufschrift: "Not welcome, Mr. Bush" zu entfernen.

Haben wir denn kein Grundgesetz (Meinungsfreiheit!)mehr? Oder wird das während eines Staatsbesuches eines US Präsidenten außer Kraft gesetzt?

Da muss man doch weder bei der Polizei sein noch Jura studiert haben, um zu wissen, dass so eine (harmlose) Äußerung durch unser GG geschützt ist.

Wie konnte das passieren? Da ich bisher nur über die Presse informiert bin, bitte ich um umfassende Aufklärung.

Den Handelnden empfehle ich schon mal die Broschüre: „Befehl ist Befehl“ und die Teilnahme an dieser Ausstellung.

3. Leserbrief zum Bush-Besuch in Mainz (2)

Lieber Ernst,

nachdem nunmehr die Einzelheiten der Sicherheitsvorkehrungen zum Einsatz "Doppeljuh" auch in der Presse bekannt wurden, stellen immer mehr Kollegen (teils sehr nachdenklich und betroffen) sich die Frage, in welchem Land wir denn eigentlich leben. Ist uns irgendwas entgangen? Wurde der Patriot-Act auch für Rheinland- Pfalz in Kraft gesetzt und man hat nur vergessen, es mitzuteilen?

Nach der Landesjournalsendung in SWR 3 - die sich u.a. mit den Sicherheitsmaßnahmen zum Bush-Besuch beschäftigte - hat mich ein Freund angerufen und gefragt, mit welcher Rechtsgrundlage sperren Die (gemeint ist die Polizei) die Bürger am Besuchstag in die Häuser ein? Warum werden 80 cm hohe Gartentore polizeilich versiegelt? Letztes Zitat meines Freundes: "Habt Ihr (damit war dann auch ich gemeint) se eigentlich noch alle?"

Leider konnte ich die Frage für verschiedene Grundrechtseinschränkungen weder meinem Freund noch zahlreichen fragenden Kollegen beantworten. Das könnte an mir liegen. Vielleicht habe ich während der F II in Polizeirecht bei Willi Bode nicht richtig aufgepasst und mich als junger Kommissar nicht fortgebildet. Jedoch konnten mir auch andere Kollegen auf die Frage keine Antwort geben, warum die 84-jährige Tante Erna in ihrer Wohnung mit Blick aufs Mainzer Schloss am 23.2.2005 ihr Fenster geschlossen halten muss, obwohl sie ab und zu mal lüften will, weil ihr 86-jähriger Mann Hugo trotz seines Alters immer noch gerne (im Rollstuhl sitzend) Pfeife raucht. Gibt es konkrete Erkenntnisse, dass sich Tante Erna einer Terrorzelle angeschlossen hat? Möglicherweise ist Onkel Hugo ein Schläfer; er war im Krieg in Nordafrika eingesetzt und kam anschließend in amerikanische Gefangenschaft. Was passiert eigentlich, wenn Erna trotzdem lüftet? SEK- Einsatz? Wer pflegt nach ihrer Festnahme Onkel Hugo? Fragen über Fragen.

4. Frauengruppe der GdP RP macht Umfrage

Unter dem Titel „Elternzeit, Teilzeit, Mutterschutz“ startet die GdP Frauengruppe in wenigen Tagen eine Umfrage unter ihren Mitgliedern in Rheinland-Pfalz. Erfragt werden sollen u.a. die persönlichen Erfahrungen, wie mit dem Personalausfall umgegangen wurde oder welche Auswirkungen es für das berufliche Weiterkommen hatte. Die Ergebnisse der Umfrage sollen als wichtige Arbeitsgrundlage der im April zu wählenden Frauen in den Personalräten und für weiterführende Gespräche der Frauengruppe mit dem Ministerium dienen.

Sollte der Fragebogen nicht überall ankommen, kann er bei der GdP in Mainz angefordert werden.

5. Digital – Funk kommt voran

Der Entscheidungsschwäche der Länder offenbar überdrüssig hat Bundesinnenminister Otto Schily einen Vorstoß zur Einführung des Digitalfunks gestartet, berichtete GdP-Fachmann Horst Müller bei einer bundesweiten Tagung der Hauptpersonalräte in Hann. Münden. Der Digifunk würde nach den Vorschlägen von Schily etwa 50 % der Fläche der Republik – entlang des Schienennetzes – ausleuchten. Der Ausbau soll den Bund ca. 800 Mio. € kosten und damit ca. 25 % der Kosten für den Gesamtausbau in der BRD. Den Ländern bleibt nun die Entscheidung sich entweder anzuschließen oder auf Dauer hinterher zu hinken.

Bei der Ausschreibung werden sich verm. 4 Anbieter mit unterschiedlicher Technik beteiligen.

GdP – Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *„Wir legen Wert auf ein eigenes Polizei-Funknetz. Bei den Anschlägen in Madrid hat sich überdeutlich gezeigt, dass das private GSM – (Handy) – Netz sehr schnell zusammenbricht. Die spanischen Kollegen waren froh, über eigenständige Technik zu verfügen.“*

Der Zusatznutzen der neuen Technik ist enorm – und birgt auch Gefahren. Standortbestimmungen sind jederzeit möglich, Leitstellen können leicht zusammengelegt werden (auch bei den anderen BOS) – was auf Dauer Arbeitsplätze kosten dürfte.

Die GdP drängt auf frühzeitige Einbindung der Personalräte. Horst Müller und Jörg Radek (Bundesvorstand) wurden beauftragt, eine Checkliste zu erarbeiten. Diese soll die wichtigsten Grundlagen für den Abschluss von Dienstvereinbarungen enthalten, z.B. Verwertungsverbote für Bewegungsdaten oder den Schutz vor Gesundheitsrisiken wegen der Strahlen, z.B. Krebs.

Scharbach: *„Das rheinland-pfälzische Innenministerium muss rasch eine Entscheidung fällen. Aus unserer Sicht kann dies nur heißen: Mitmachen und den Anschluss nicht verlieren!“*

6. EC-Karten mit Sicherheitsmängeln

Entgegen der Auffassung des BGH, nach der das Ausspähen der PIN-Codes von EC-Karten nicht möglich sei, hat das BKA etliche Fälle dokumentiert, in denen genau dies doch der Fall war. Die Original-EC-Karten wurden noch nicht einmal gestohlen. Vielmehr wurden die Daten unbemerkt – etwa beim Zahlen in einem Geschäft – kopiert und die PIN-Codes ausgespäht. Die Betroffenen bemerkten den Schaden nicht – bis die Abrechnung kam. Es ist dringend angeraten, die Karten zu sperren, wenn man den Verlust bemerkt oder auch, wenn die Karte aus unbekanntem Grund vom Automaten nicht mehr ausgeworfen wird. Erst nach der Sperrung ist der Kunde geschützt.

Verbraucherschützer wollen eine Umkehr der Beweislast. Das Kreditinstitut solle für Schäden gerade stehen. Schließlich liegt es alleine in ihrer Macht, statt des veralteten endlich sicherere Systeme einzuführen (z.B. biometrische Daten).

Ab Juli 2006 gibt es eine bundesweit einheitliche Notrufnummer zum Sperren aller möglichen Karten, Handys, digitaler Signaturen, Krankenkassenkarten pp.: 116 116.

7. Schutzwesten

Rechtliche Bewertung:

Die Sicherheitswarnung der Fa. Second-Chance wird als Schuldanerkenntnis gewertet. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, in ein Austauschprogramm einzusteigen. Die letztliche juristische Bewertung steht noch aus, wird aber in den nächsten 14 Tagen erfolgen.

Datenlage:

Von der Fa. SC wurden ca. 4500 Westen geliefert. Von der Tragezeit her gesehen müssten ca. 1500 Westen ausgetauscht werden, die eine ähnliche lange Tragezeit haben wie die beschossenen Westen.

Die Fa. Mehler vermisst und liefert in diesem Jahr das Restkontingent von ca. 900 Westen, basierend auf der Europaweiten Ausschreibung Herbst 2004.

Überprüfungslage:

Es werden demnächst Schusstests jüngerer Westen durchgeführt, um Aussagen zur Sicherheit dieses machen zu können.

Heinz-Werner Gabler: *„Sobald die juristische Situation geklärt ist, muss eine europaweite Ausschreibung der Austauschkontingente erfolgen. Zielsetzung ist es, die 1500 Westen noch in 2005 zu beschaffen.“*

8. Vorsorgeregister bei der Bundesnotarkammer

Bürgerinnen und Bürger können ab März 2005 ihre Vorsorgevollmacht über das Internet oder per Post an das Zentrale Vorsorgeregister bei der Bundesnotarkammer melden. Auch der Notar oder Rechtsanwalt, der bei der Errichtung rechtlich beraten hat, kann weiterhelfen. Die Vorsorgeregister-Verordnung regelt die Einzelheiten des Registerverfahrens von der Antragstellung durch den Vollmachtgeber bis zum Abruf durch die Vormundschaftsgerichte.

Das Zentrale Vorsorgeregister erhebt für die Eintragung aufwandsbezogene Gebühren, die abhängig vom gewählten Verfahren sind. So ist etwa die Online-Meldung günstiger, als der auf Papier übermittelte Eintragungsantrag. In üblichen Fällen entstehen einmalige Gebühren im Bereich zwischen 10 und 20 €

Die Anmeldung kann online unter www.zvr-online.de erfolgen. Dieser Weg ist der kostengünstigste und komfortabelste. Detaillierte Verfahrenshinweise finden Sie unter dem Menüpunkt Privatpersonen/Informationen.

www.vorsorgeregister.de

9. Proteste gegen Bolkestein-Richtlinie

"Europa wird privatisiert - was hinter der Bolkestein-Richtlinie steckt"

Mit der anstehenden Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (auch "Bolkestein-Richtlinie" nach dem niederländischen EU-Kommissar Frits Bolkestein) befindet sich die EU vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft Europas.

Die europäischen Regierungschefs wollen die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Aus ihrer Sicht wird dies nur gelingen, wenn es einen wirklichen Binnenmarkt für Dienstleistungen in Europa gibt. Hintergrund: 70 Prozent des Bruttoinlandproduktes und ca. 70 Prozent aller Arbeitsplätze in den EU-Staaten gehen auf den Bereich Dienstleistungen zurück. Um das dort

vorhandene Wachstums- und Beschäftigungspotential zu nutzen, sollen die zahlreichen Schranken, welche die Entwicklung länderübergreifender Dienstleistungstätigkeiten behindern, in der EU abgebaut werden.

Trotz starker öffentlicher Kritik schwebt das Damokles-Schwert in Form der europäischen Dienstleistungsrichtlinie weiterhin über unseren Köpfen. Die einen sehen in der Umsetzung der Bolkestein-Richtlinie "die Chance, die Regulierungsdichte auf nationaler Ebene anzugreifen". Scharbach: *"Für uns bedeutet der Richtlinienvorschlag eine groß angelegte Maßnahme zur Unterminierung des Tarif-, Gewerkschafts-, Arbeits- und Sozialrechts in Europa."*

DGB und Attac informieren am 10. März um 17:30h in der Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Str. 6 - 8, Saarbrücken. Gäste sind herzlich willkommen!

10. Übungsschießen mit Brille

Wegen einer Augenverletzung beim Übungsschießen prüft die ZPT in Zusammenarbeit mit den Schieß und Einsatztrainern die Anschaffung von Schutzbrillen. Soweit möglich sollen vorhandene Schutzbrillen verwendet werden.

11. Herausgehobene Sachbearbeitung

Die Beschreibung und Bewertung der Funktionen 'herausgehobene Sachbearbeitung' kommt langsam in Gang. Auf Drängen der GdP hat das ISM nun eine AG ins Leben gerufen, die unter Beachtung der Rechtslage und der Rechtsprechung Funktionen beschreiben soll, die einer Bewertung oberhalb der A 11 zugänglich sein sollen. Der HPRP ist in der AG vertreten und hat die Hinzuziehung der Berufsvertretungen in die AG empfohlen.

12. Beförderungen

Die GdP hat mit Innenminister Karl Peter Bruch und Staatssekretär Hendrik Hering Gespräche über die Nachbesserung der Beförderungsmöglichkeiten aufgenommen. Die Vorschläge werden mit der Fachabteilung und dem Haushaltsreferat im Ministerium auf ihre Realisierungsmöglichkeiten geprüft. Eine Entscheidung steht noch aus, wird aber noch innerhalb des Monats März erwartet.

13. Personalien

PP Klaus Jörg Weidmann wird ab 15. März die Leitung der FH - Fb. Polizei - übernehmen, der bisherige Schulleiter Klaus Werz wechselt ins Ministerium, von dort wechselt Koll. Jürgen Mosen ins Präsidium Koblenz als Leiter Polizeieinsatz. Der dortige Leiter PE Horst Eckardt übernimmt vorläufig die Funktion des Polizeipräsidenten in Koblenz.

14. E-Mail und Internet

Die Dienstanweisung e-Mail-Verkehr und Nutzung des Internet war Gegenstand einer ausführlichen Diskussion zwischen Vertretern des ISM und dem HPRP. Strittig waren insbesondere die private Nutzung und die sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen. Weitere Diskussionspunkte waren der Umfang der Verschlüsselung bei Versand geheim zu haltender Daten und Form und Umfang der internen Verfahrenskontrollen.

14. Kfz-Werkstätten

Nach der vom HPRP geforderten Zuweisung von zwei Handwerkerstellen für die Werkstatt in Wittlich-Wengerohr bei der BePo kann der Probelauf 'gemeinsame Werkstattleitung' starten. Voraussichtlich am 1. Juni 2005 wird der Werkstattleiter aus dem PP Trier die Leitung beider Werkstätten übernehmen. Nach einem Jahr soll die Leitung auf die Werkstatt der BePo übergehen. Im Anschluss soll geprüft werden, wie die endgültige Regelung aussehen soll. Das ISM betont, dass das Ziel des Aufbaus von Logistikzentren aufrecht erhalten bleibt.

15. Angestellte im Verkehrsdienst

Das Projekt 'Angestellte im Verkehrsdienst' ist nach Auskunft des ISM ausgesprochen erfolgreich verlaufen. Im Rahmen eines Sonderprogramms für Angestellte wurden bei der Verkehrsdirektion in Koblenz 7 Stellen zur Verfügung gestellt. Die KollegInnen sind in der Geschwindigkeits- und Abstandsüberwachung und bei der Kontrolle des Schwerlastverkehrs eingesetzt. Die GdP setzt sich nachdrücklich dafür ein, weitere Angestelltenprogramme aufzulegen, um auch den übrigen Präsidien den Einsatz von Angestellten im Verkehrsdienst zu ermöglichen.

16. PINS und Co.

Koll. Manfred Bublies erläuterte dem HPRP die Ausschreibung zur Erstellung einer Software, die die veralteten Systems PINS und EVA ablösen soll. Gleichzeitig sollen durch das neue Programm die unterschiedlichen Systeme zur Berechnung der flexiblen Arbeitszeiten ersetzt werden. Das Wachbuch soll damit überflüssig werden und auch die Berechnung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten soll vereinfacht werden. Der HPRP stimmte der Ausschreibung zu.

17. Die Personalratswahlen finden vom 25. bis 29. April statt!

18. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen? Auto kaufen? PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz